

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Geb. Amhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abbestellung: einjährlich 12 Mark, halbjährlich 7 Mark, vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1 Mark. Einmalige Anzeigen 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettlerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2521. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettlerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 12707. Umlaufzeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abbestellungspreis: Grundpreis: die 34 mm breite Nonparelle 40 Pf., die 36 mm breite Prestige 1.50 Mk., für ausländische Anzeigen 25 Pf. und 2 Mk. Familienabonn. Dresden und Umland 40 Pf. Rest. für Vierteljahresabgabe 10 Pf.

Nr. 284

Dresden, Dienstag den 7. Dezember 1926

37. Jahrg.

Der Stoß von rechts

Rampfanlage an die Sozialdemokratie — Die Volkspartei schreit nach dem Bürgerblock

Es war im Jahre 1923. Die Sozialdemokratie sah in der Thronmanschen Großen Koalition Nummer eins. Cuno's Kampfrufen war verloren. Die Mark sank ins Bodenlose. Es war eine Situation, in der die Sozialdemokratie innerhalb einer Großen Koalition nur Wählertröster werden konnte. Nachdem sie einige Wochen ihre Popularität zugelegt und die bürgerlichen Parteien sie nicht mehr zu fürchten brauchten, unternahm Herr Scholz der rechte Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, einen Vorstoß gegen den Reichstagspräsidenten, der zu den Programmpunkten der sozialdemokratischen Minister gehörte. Das war der Dolchstoß in den Rücken der Großen Koalition.

Inzwischen sind einige Jahre vergangen. Deutschnationale Minister wurden in der Regierung ausprobiert und mußten abtreten, weil mit ihnen außenpolitische Fragen nicht gelöst werden konnten. Die Volkspartei, der Mittelpunkt aller leitenden Regierungen, und Herr Stresemann, der fähigste halbrechte Minister Deutschlands, gingen durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten Marz gewisse Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie ein, die, wie der Soz. Pressedienst schreibt, kurz gesagt darauf hinauslaufen sollen, die Geschäfte in engerer Abstimmung mit uns und unter bewußter Ausnutzung deutschnationalen Einflusses zu führen. Kein Bündnis selbstverständlich und keine Koalition, sondern Vereinbarungen, die vor allen Dingen darauf abzielten, die außenpolitische Entspannung zu begünstigen.

In dieser Situation hält der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Scholz wieder einen Vorstoß aus der rechten Ecke für angebracht. Vor dem versammelten Kriegsvolk der Reichstagspräsidenten und Ortsgruppenvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Ostpreußens ließ er am Sonntag in Insterburg eine Ansprache steigen, in der er sich mit den Problemen der Regierungserweiterung beschäftigte und in der er erklärte: „Meiner Ansicht nach könne nur eine Koalition in Betracht kommen, die eine längere Dauer verspreche, und das sei die Koalition mit den Deutschnationalen, da die Übereinstimmung zwischen den Deutschnationalen und den bürgerlichen Parteien der Mitte entschieden größer sei als die zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Den Stein des Anstoßes bilde die Frage der Arbeitszeit. Über die niemals eine Verständigung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie möglich sein werde“. Ebenso unmöglich sei eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die Verhältnisse in der Reichswehr.

Diese Rede hat in der demokratischen und in einem Teil der Zentrumspresse einige Aufregung verursacht, die auch auf die Sozialdemokratie übergriff. Denn Herr Scholz ist nicht irgendein volksparteilicher Abgeordneter, sondern der Führer dieser Partei, und seine Äußerungen müssen als offizielle Parteimeinung gewertet werden. Wir finden die offizielle Parteimeinung gewertet werden. Wir finden die ganze Aufregung trotzdem einigermaßen übertrieben. Der Herr Scholz hat die Äußerungen des Herrn Scholz eine Streifenklärung an die Sozialdemokratie, aber sachlich ist die in Insterburg verkündete Auffassung für alle, die sehen wollen, nichts Neues. Es war voranzusehen, daß die Sozialdemokratie in der Frage des Arbeitszeitgesetzes, von dem wir eine baldige Regelung des Achtstundentages im Sinne der Arbeitermassen fordern, mit der Volkspartei zusammenstehen würde. Es war weiterhin nicht schwer zu prognostizieren, daß die schwarzweiße Volkspartei stramm zu Herrn Gehler halten würde, dessen schwarzrotgoldene Köpfe auf schwarzweißem Grunde nicht einmal am klaren Tage mehr zu erkennen ist. Die Jollpolitik und ihre Folgen, das sozialpolitische Versagen der Reichsregierung, das Schmutz- und Schandgesetz für das sich eine Mehrheit von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen fand, die Unfähigkeit der Reichsregierung, den Zusammenhang zwischen Reichswehr und den Mörderorganismen in einer deutlich erkennbaren Weise zu trennen — das alles muß zu einer schärferen Kampfeinstellung der Sozialdemokratie führen. Reinigungsarbeit ist notwendig, bei der wir allein stehen und nicht hinter uns haben als die bürgerlichen Volksmassen und die entscheidenden republikanischen Kräfte, die bisher im Schilde der einen schlaupen bürgerlichen Demokratie optimistisch dahingependelten.

Auch wir leben deutschnationale Leute lieber auf dem Schilde der Verärgerten als in der Regierung. Aber wenn die Sozialdemokratie nur erreichen kann, indem sie in den großen Streitfragen klein beigibt, dann muß sie es eben drauß ankommen lassen. Das deutsche Volk hat die deutschnationalen Minister Schlieben, Neuhaus und Schiele überlassen, es würde auch eine zweite Garnitur deutschnationaler Minister überleben. Die Not wird sich in den kommenden Monaten noch steigern. Die vom Jollmacher bewerkstelligte Erneuerung, die Arbeitslosigkeit verschärft den Winter. Wenn den Deutschnationalen in diesen Zeiten der Not, die sie mitverschuldet haben, die entsprechende Verantwortung aufgebürdet würde — die Sozialdemokratie könnte natürlich dabei nur profitieren. Wir sind trotzdem gegen eine deutschnational gefärbte Regierung, weil nie vorauszu-

sehen ist, was innenpolitisch und außenpolitisch dabei zerschlagen wird. Aber uns scheint, daß ein solches Experiment vor den kommenden Wahlen noch einmal unumgänglich wird, wenn das deutsche Volk bei der Abrechnung klar sehen will.

Die Konsequenzen

Unser Berliner Bureau schreibt zu Scholz' Vorstoß: Die Schlußfolgerungen reichen für uns darin, daß wir zunächst jene Vereinbarungen, von denen vorher gesprochen wurde, als nicht mehr bestehend ansehen. D. h. also, daß wir den Versuch aufgeben, uns mit dem Kabinett zu einer gemeinsamen Abwehr der Angriffe von rechts zu vereinen. Wir haben die Hände frei. Aber das bedeutet auch, daß eine Regierung, die zugleich, wie einer der Führer der Regierungspartei der Sozialdemokratie so offenkundig und gleichzeitig so hinterhältig den Betrugsbuchstab hinstellt, nicht erwarten kann, daß die Angegriffenen ihr noch länger auch nur einen Rest von Vertrauen entgegenbringen. Die Frage des Verhaltens der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem gegen Herrn Scholz eingebrachten Mißtrauensvotum noch offen. Aber die Insterburger Rede des Herrn Scholz hat das Mißtrauen gegen den Innenminister zu dem gegen das Gesamtkabinett erweitert. Die Fraktion wird sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, in welcher Form sie ihrem Mangel an Vertrauen Ausdruck verleihen soll.

Die Genossen Hermann Müller und Breitscheid haben gleich am Montag nachmittags Gelegenheit genommen, den Reichstagspräsidenten persönlich auf die Gefahren dieser Situation aufmerksam zu machen. Herr Marz und seine Kollegen, aber auch das Zentrum und die Demokraten werden uns keinen Vorwurf machen können, wenn es noch vor Weihnachten zu einer Regierungskrise kommt, deren Ausgang sich nicht voraussagen läßt. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Donnerstag vormittag zusammen, um noch vor der Sitzung der Reichstagsfraktion, die nach der Plenarsitzung stattfindet, zu der neuen politischen Lage Stellung zu nehmen.

Marz bemüht sich...

D. Berlin, 7. Dezember. (Fig. Franzspruch.) In der heutigen Ausgabe der Täglichen Rundschau, die als beibehaltenes offizielles Organ der Deutschen Volkspartei gilt, werden die Ausführungen des Abgeordneten Scholz noch durch eine Polemik gegen die Parteipresse unterstützt; die Tägliche Rundschau bezichtigt die Rede von Scholz in diesem Zusammenhang als klar und denkbar.

Die Vossische Zeitung schreibt zu der Rede des Abgeordneten Scholz, scheinbar im Auftrag der Reichstagspräsidenten: „Es ist inzwischen festgestellt worden, daß der Abg. Dr. Scholz die Insterburger Rede nicht mit Wissen und auch nicht im Auftrage der Fraktion gehalten hat, sondern nur für seine Person ge-

sprochen habe. Der Reichstagspräsident ist bemüht, den durch die Rede des Abgeordneten Scholz geschaffenen Zwischenfall beizulegen, um Verwirrungen zu vermeiden, die eine nicht unbedeutliche innerpolitische Situation schaffen würden.“

Ein 750-M. Milione-Geschenk!

Ein Steuererlass von nicht mehr und nicht weniger als 750 Millionen Mark verlangte der Präsident des Hansa-Bundes, Dr. Hermann Fischer, in einer Sitzung des Wirtschaftspolitischen Gesamtverbandes des Hansabundes. Er führte dort u. a. aus: Die provisorische Neuordnung des Finanzgleichnisses schiene sich darauf zu beschränken, daß die garantierten Anteilssummen der Länder und der Gemeinden aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer eine Erhöhung erfahren, während die dem Reiche aus diesen Steuern zur Verfügung stehenden Summen gesenkt werden. Die Länder erhielten dadurch eine höhere Bewegungsfreiheit zur Fortsetzung ihrer bisherigen Finanzwirtschaft. Fischer verlangt eine reichsrechtliche Beschränkung der Ausbeutungsmöglichkeit der den Ländern zur Verfügung stehenden Steuererlöse und außerdem schlägt er vor, für 1927 eine großzügige einmalige Steuererleichterung durchzuführen, und zwar um 750 Millionen M. Wenn für dieses Steuererlass nicht genügend Verböhrnisse vorhanden wären, dann sollte die öffentliche Hand zur Veräußerung von solchen privatwirtschaftlichen Unternehmungen gezwungen werden, die die Bewegung gegen die sogenannte kalte Sozialisierung hervorgerufen haben.

Herr Dr. Fischer ist nicht bloß demokratischer Reichstagsabgeordneter, sondern ein vielfacher Aufsichtsrat, der über ein gewaltiges Einkommen verfügt. Zwei Millionen möchte er mit einer Klappe schlagen. Die sogenannte Wirtschaft, d. h. das kapitalistische Unternehmertum, soll ein ungeheures Steuererlass bekommen und gleichzeitig soll die Gelegenheit benutzt werden, um einen Teil der dem Privatkapital so unangenehmen öffentlichen Unternehmungen den Garauß zu machen. Man sieht aus dem Vorlesung des Herrn Dr. Fischer, wie groß die Annahme des Privatkapitals heute geworden ist.

Die Massen des deutschen Volkes haben an einem solchen Steuererlass gar kein Interesse. Vielfach ist davon gesprochen worden, daß den Steuererlassen auch entsprechende Preiserhöhungen folgen; davon aber haben die Massen der Verbraucher verdammt wenig gemerkt. Auf das entscheidende aber muß dagegen Einspruch erhoben werden, wenn Herr Dr. Fischer die Verschleuderung von Unternehmungen fordert, die dem Staate gehören. Täglich zeigt sich, von neuem, wie die Zusammenhaltung der kapitalistischen Unternehmungen fortwährend, wie immer mehr die Gefahr wächst, daß auf fast allen Gebieten Monopole entstehen, die die Verbraucher rücksichtslos auszunutzen können. Um so mehr ist es notwendig, daß Staat und Gemeinden in möglichst großem Umfange selbst Güter erzeugen, denn nur dann sind sie in der Lage, der Ausbeutungsgier des Privatkapitals eine Schranke zu setzen.

Die geheime Militärkonvention

Das Abkommen zwischen Reichswehrstellen und Sowjetregierung — Bau von 300 Flugzeugen jährlich — Woher kommen die Millionen?

S. London, 6. Dezember. (Fig. Drabth.)

Unter dem Titel „Berliner militärische Transaktionen“ und mit dem Untertitel „Das Reichswehrministerium als Komplize“ steht der Manchester Guardian keine von einem Korrespondenten stammenden Enthüllungen fort. Er schreibt:

„Die im Manchester Guardian vom Freitag gemachten Mitteilungen werden in Berlin offiziell dementiert, das Dementi jedoch so formuliert, daß es eine kategorische Verneinung vermeidet. Ich bin nunmehr in der Lage, den Ausführungen, die sich auf die Vereinbarungen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkerwerken und der russischen Regierung hinsichtlich der Errichtung einer Kriegsindustrie in Rußland bezogen, weitere Einzelheiten hinzuzufügen. Die Tatsachen sind kurz folgende:

Das deutsche Reichswehrministerium trat im Sommer 1921 an die Junkerwerke heran und lud sie zu einer Zusammenkunft bei gewissen Plänen ein. Sie (die Junkerwerke) wurden dahin unterrichtet, daß die deutsche Regierung diese Pläne mit großen Geldmitteln stütze, und daß führende deutsche Rüstungsfirmen bereits Pakete nach Rußland geschickt hätten. Die Pläne gingen dahin, eine Kriegsindustrie für deutsche Zwecke aus russischem Boden ins Leben zu rufen, wobei die finanziellen Lasten von den Deutschen getragen werden sollten. Die Aufgabe der Junkerwerke sollte die Erzeugung von Luftfahrzeugen sein, von denen einige von den Russen übernommen werden sollten, die größere Anzahl jedoch Deutschland zur Verfügung stehen sollte. Die Junkerwerke ärgerten, aber das deutsche Reichswehrministerium drängte sie, diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzunehmen. Die Gelegenheit sei politischer und militärischer Natur. Das war der Standpunkt des Reichswehrministeriums, und das Reichswehrministerium erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Mitteln zu decken. Nur unter ständiger Druck wiederholter Versicherung von Seiten des Reichswehrministeriums, diese Garantie zu übernehmen, stimmten die Junkerwerke, wenn auch mit größtem Mißbehagen, schließlich zu.

Am Dezember 1921 besuchte eine aus vier Personen bestehende Delegation, zwei Vertreter von Junkers und zwei Vertreter des Reichswehrministeriums, Moskau,

um der russischen Regierung einen Vertragentwurf zu unterbreiten. Das Kapital, welches das deutsche Reichswehrministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erboten hatte, betrug

21 Millionen Goldmark.

Das Reichswehrministerium bestand auf absoluter Vertraulichkeit. Die vier Delegierten reisten unter angenehmen Namen mit falschen Ausweispapieren. Die Russen zeigten große Bereitwilligkeit, zu einem Abkommen zu kommen, das seinem Zeitpunkt die Stimmung zwischen Rußland und Polen gespannt war. Bei den Verhandlungen sowohl als in der Korrespondenz wurde das deutsche Reichswehrministerium aus Gründen der Vertraulichkeit nur als „S. G.“ bezeichnet, zwei Buchstaben, die „Sondergruppe“ bedeuten sollten. Deßhalb der Standort der Junkerwerke, wurde Velpka, Kasanow wurden „Kelle“, genannt. Die Geschichte der Verhandlungen ist lang und verwirrt. Für die Schwierigkeiten waren teilweise die Russen verantwortlich, die nichts glauben wollten und stets unmittelbar positive Ergebnisse wünschten; ein Teil der Schwierigkeiten war auf die geschäftliche Unfähigkeit des deutschen Reichswehrministeriums zurückzuführen. (Die Verhandlungen lagen weitgehend in den Händen von Reichswehroffizieren.) Teilweise waren die Schwierigkeiten auf die wachsenden Zweifel zurückzuführen, welche die Junkerwerke darüber empfanden, ob das Reichswehrministerium tatsächlich das behauptete Kapital besäße. Die Stellung der Junkerwerke wurde immer peinlicher und peinlicher. Die Firma wurde ernstlich besorgt, als sie erfuhr, daß das deutsche Reichswehrministerium

ähnliche Abmachungen mit anderen deutschen Rüstungsfirmen zum Zwecke der Erzeugung von Rüstungsmaterial in Rußland getroffen hatte.

Tatsächlich zeigte sich, daß zwischen dem Reichswehrministerium und der russischen Regierung eine Militärkonvention existiert hat.

Trotz der Schwierigkeiten wurde das Abkommen im Februar 1923 ratifiziert. Nach diesem Abkommen hatten die Junkerwerke zunächst in Moskau die Erzeugung von 100 Flugzeugen durchzuführen. Inade alle Aufgaben für die Errichtung des Unternehmens, die Verschönerung, die Beschaffung der Ausrüstung und auch für die Versorgung von Material und für die Konstruktion der Flugzeuge wurde von den Deutschen getragen. Nach dem Konstruktionsprogramm sollte eine jährliche Erzeugung von 300 Flugzeugen schließlich erreicht werden, von denen die

chen
residier
bietet
1926
16. 2.
ents
bner
leitung
auf alle
kennlich
Mihelm
abstrah 15
blade
residier
und ihren
Fikalen
an-
hält
2303
dens
landen
Hastel